

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	25
1. Kapitel: Einleitung	33
A. Einführung in das Thema	33
B. Gegenstand und Gang der Untersuchung	34
2. Kapitel: Ausgangspunkt – Herausforderungen für das Strafrecht im 21. Jahrhundert	37
A. Aufgabe des materiellen Strafrechts	37
I. Funktion von Strafe: Gesellschaftsimmanente Rechtfertigung staatlichen Strafens	38
II. Sozialschaden in Form einer Rechtsgutsverletzung als Voraussetzung für Strafbarkeit	40
1. Überblick über die Kritik am Rechtsgutskonzept	41
2. Entscheidung für das Rechtsgutskonzept	44
3. Inhalt des Rechtsgutsbegriffs	46
4. Weitere Einschränkungen von Strafbarkeit	47
III. Zwischenergebnis: Strafrecht betreibt Rechtsgüterschutz	49
B. Entwicklung der Gesellschaft und des Strafrechts im Laufe der Zeit	49
I. Friedens- und Freiheitssicherung im beginnenden bürgerlich-liberalen 19. Jahrhundert – der „Nachtwächterstaat“	50
II. Industrialisierung und Materialisierung des Rechts – der „soziale Interventionsstaat“	55
1. Industrialisierung im ausklingenden 19. Jahrhundert	55
2. Einschnitt durch den Ersten Weltkrieg	58
3. Krisenjahre der Weimarer Republik	59
4. Einschnitt durch den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg: Recht im Dienste einer Ideologie	62
5. Besatzungsrecht in Nachkriegsdeutschland	66

6. Weiterentwicklung des Rechts in der BRD: Liberalisierungstendenzen	68
III. Das „Präventionsparadigma“ in der Unsicherheit der Gegenwart	72
C. Folgerungen: Allgemeine Anforderungen an das Strafrecht der Gegenwart	77
I. Adressaten von Strafnormen	78
1. Klassische, bipolare (individualistische) Handlungstheorien	79
2. Systemtheorie als holistischer Ansatz	83
a. Steuerungskrise des Rechts	83
b. Grundzüge der Systemtheorie	86
aa. Entstehung sozialer Systeme	88
bb. Autopoiesis der sozialen Systeme	90
cc. Gesellschaft als umfassendes soziales System und Herausbildung von Subsystemen	92
dd. Evolution der Systeme	96
ee. Rolle des Individuums in der luhmann'schen Systemtheorie	97
ff. Bedeutung für staatliche Steuerung	99
(1) Keine Möglichkeit direkter, kausaler Steuerung	99
(2) Steuerung durch regulierte Selbstregulierung	100
3. Zwischenergebnis: Wahl des bipolaren Ansatzes für diese Arbeit	102
II. Ausgestaltung von Strafnormen	104
1. Unzulänglichkeit der traditionellen Lösung mit ihrer „materiellen“ Entscheidung im binären System von Recht und Unrecht	104
a. Formelles und materielles Strafrecht	105
b. Binäres Schema von „strafbar“ und „nicht strafbar“	106
c. Ethische Wertentscheidungen in existenziellen Entscheidungssituationen – binäres Schema von „Recht“ und „Unrecht“	106

d. Entscheidungen unter spezifischem Nichtwissen im Wirtschaftsstrafrecht – binäres Schema von „Recht“ und „Unrecht“	109
aa. Ethische Entscheidungen im Wirtschaftsstrafrecht – normative Defizite	110
bb. Prognoseentscheidungen im Wirtschaftsleben – zeitliche Defizite	110
cc. Grenzen des weiten unternehmerischen Leitungsermessens – kognitive Defizite	112
dd. Stand der Technik im Umweltstrafrecht – zeitliche und kognitive Defizite	113
e. Zwischenergebnis: Mögliche Situationen für eine „Prozeduralisierung“ im Wirtschaftsstrafrecht	114
2. Beweisprobleme als Anlass für Prozeduralisierungen im materiellen Recht	116
3. Abgrenzung von einer Lösung mittels sog. „konsequenten Risikostrafrechts“	116
4. Abgrenzung von alleiniger Relevanz formeller Vorschriften: Buchführungs- und Bilanzdelikte	117
III. Fragestellung der Arbeit: Lösung über den Weg der „Prozeduralisierung“?	118
3. Kapitel: Der Begriff der Prozeduralisierung	120
A. Prozeduralisierung als rechtsphilosophischer Begriff: Prozedurale Gerechtigkeitstheorien	120
I. Begriff der Gerechtigkeit	121
II. (Nietzscheanische) Antitheorien der Gerechtigkeit	121
1. Nonkognitivismus	122
2. Luhmanns Systemtheorie und Ladeurs Postmoderne	123
3. Zwischenergebnis: Gerechtigkeitsskepsis	125
III. Nicht-positivistischer Ansatz: Suche nach rechtem Recht	126
1. Materiale Gerechtigkeitstheorien der aristotelischen Grundposition: (Teleologische) Konzeption des Guten	126
a. Onto-teleologische Naturrechtslehren	126
b. Onto-teleologischer Kommunitarismus	129
c. Konsequentialistisch-teleologischer Utilitarismus	130
d. Zwischenergebnis: Schwierigkeiten in der Risikogesellschaft	131

2. Prozedurale Gerechtigkeits(begründungs)theorien	131
a. Abgrenzung zu prozeduralen Gerechtigkeitserzeugungstheorien	132
b. Theorien der hobbesianischen Grundposition: Entscheidungsrationalität	133
aa. Hobbes' Sozialvertragstheorie	134
bb. Neohobbesianische Sozialvertragstheorien	135
cc. Hobbesianische Mikrotheorien der Gerechtigkeit	136
dd. Zwischenergebnis	136
c. Theorien der kantischen Grundposition: Universalität	136
aa. Kants kategorischer Imperativ	137
bb. Kantische sozialvertragstheoretische Strömungen	138
cc. Beobachter- und Standpunkttheorien	141
dd. Diskurstheoretische Strömungen	142
(1) Parallelen und Abgrenzung zu Luhmanns Systemtheorie	143
(2) Diskurs als Mittel der Gerechtigkeitsbegründung	146
(3) Ausgestaltung des gerechtigkeitsbegründenden Diskurses	148
(4) Zwischenergebnis zu den Diskurstheorien	148
d. Zwischenergebnis zu den prozeduralen Gerechtigkeitstheorien	149
B. Prozeduralisierung als (straf-)rechtlicher Begriff	149
I. Keine rein prozedurale Rechtfertigung	150
II. Enger Prozeduralisierungsbegriff	151
1. Anlehnung an die habermas'sche Diskurstheorie	151
2. Anlehnung an die luhmann'sche Systemtheorie	156
3. Zwischenergebnis zum engen Prozeduralisierungsbegriff	163
III. Weiter Prozeduralisierungsbegriff	163
IV. Einordnung des eigenen Begriffsverständnisses	172
1. Ausgangspunkt: Weiter Prozeduralisierungsbegriff	172
2. Prozedurales Recht und prozedurale Rechtsanwendung (formelles Strafrecht)	173
3. Prozedurales Recht als Teil des materiellen Rechts	175
4. Konturierung der möglichen Fallgruppen für Prozeduralisierung unter Heranziehung der rawls'schen Verfahrensgerechtigkeit	177

5. Zwischenergebnis zum Begriffsverständnis	180
C. „Verwandte“, „Vorläufer“ und „Vorbilder“	181
I. Das „notlagenorientierte Diskursmodell“ nach Eser als Vorbild	181
II. Der „rechtsfreie Raum“ nach Arthur Kaufmann in Abgrenzung zur Prozeduralisierung	182
III. Private Zuständigkeiten als Unterfall	183
IV. Der privilegierte Irrtum	183
V. Verwaltungsakzessorietät	184
D. Resultierender Anwendungsbereich im Wirtschaftsstrafrecht	185
I. Knapper Überblick zum Begriff des Wirtschaftsstrafrechts	186
II. Anwendungsbereich für Prozeduralisierung im Wirtschaftsstrafrecht: Entscheidungen unter spezifischem Nichtwissen in den §§ 266, 299, 331 ff., 283 ff. StGB	187
4. Kapitel: Grundsätzliche Zulässigkeit und Gestaltungsmöglichkeiten der Prozeduralisierung im Strafrecht	189
A. Beispiele für Prozeduralisierung im geltenden Strafrecht	189
I. Schwangerschaftsabbruch	189
1. Strafbarkeit nach § 218 StGB und Ausschluss nach § 218a StGB	190
2. Strafbarkeit nach § 218c StGB	193
II. Präimplantationsdiagnostik	194
III. Sterbehilfe	197
IV. Kastrationsgesetz	200
V. Umweltstrafrecht	201
VI. Status quo der gesetzlichen Regelungen	203
B. Verfassungsrechtliche Grenzen der Prozeduralisierung	203
I. Prozeduralisierung als Grundrechtsschutz	204
1. Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat: Staatsfreiheit der Wirtschaft als Obergrenze für Strafbarkeit	204
2. Grundrechtliche Schutzpflicht des Staates: Untergrenze der Strafbarkeit	206
3. Strafrechtlicher Rechtsgüterschutz als Grundrechtsschutz	211
4. Weitergehende Sanktionspflicht des nationalen Gesetzgebers auf Basis europäischer Vorgaben?	213

5. Grundrechtsschutz durch Verfahrensregeln:	
Möglichkeiten und begriffliche Konturierung	216
a. Grundrechtsschutz im und durch Verfahren	218
b. Abgrenzung von Verfahrensgrundrechten	219
c. Verfahrensgarantie der Freiheitsgrundrechte – Verfahrensrecht	220
d. Freiheitsgarantie der Grundrechte – materielles Recht	221
II. Prozeduralisierung und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	224
III. Prozeduralisierung, Gesetzlichkeitsprinzip und Bestimmtheitsgrundsatz des Art. 103 Abs. 2 GG	226
IV. Kompetenz zur Ausgestaltung des Verfahrens	228
1. Prozeduralisierung im bipolaren Strafrechtsverständnis	228
2. Grundrechte und Gesetzesvorbehalt als Grenzen der Selbstregulierung	231
a. Zwischen grundrechtlichen Abwehrrechten und Schutzpflichten: Parlamentarische Festlegung des Unrechtskerns	231
b. Präzisierung des Unrechtsinhalts durch private Rechtsetzung	235
3. Möglichkeiten hoheitlicher (Rahmen-)Regulierung	239
a. Grundsätzliche Normsetzungsbefugnis des Parlaments	239
b. Delegation an Organe der Exekutive	240
aa. Umfang der Delegationsbefugnis: Art. 80 GG als Grenze der Verordnungsermächtigung	240
bb. Delegierte und Subdelegierte	243
cc. Verbindlichkeit der Vorgaben	244
dd. Folgen für die Prozeduralisierung im materiellen Strafrecht	245
c. „Delegation“ an die Judikative	245
4. Zwischenergebnis	247
C. Ausgestaltung der Verfahrensregeln bei Entscheidungen unter spezifischem Nichtwissen	248
I. Grundsätzliche Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Verfahrens	248
1. Rückschlüsse aus den prozeduralen Gerechtigkeitstheorien: Ziel der rationalen Entscheidung	248
2. Rückschlüsse aus den verschiedenen (straf-)rechtlichen Prozeduralisierungsbegriffen	251

3. Ausgestaltung nach dem eigenen Prozeduralisierungsverständnis: Wissensakkumulation, Transparenz und Diskurs als Grundmechanismen	252
II. Systematische Einordnung	254
1. Funktionale, strukturelle und rechtstheoretische Verortung der Grundmechanismen	254
2. Strafrechtssystematische Einordnung	255
a. Bisherige Einordnungsversuche und bestehende Divergenzen	255
b. Eigene Einordnung: Aktuelle Erscheinungsformen der Prozeduralisierung und Verhältnis des Konzepts zu erlaubtem Risiko und Sozialadäquanz	257
aa. Die Deliktsstufen im herrschenden Straftatsystem	257
bb. Zuordnung der Prozeduralisierung zu einer dieser Deliktsstufen	260
(1) Bisherige Zuordnung prozeduraler Regelungen durch den Gesetzgeber	260
(2) Zielrichtung prozeduraler Regelungen bei Entscheidungen unter spezifischem Nichtwissen	261
(3) Prozeduralisierung bei Entscheidungen unter spezifischem Nichtwissen als Ausdruck sozialunschädlichen Verhaltens	262
(a) Die „Lehre von der sozialen Adäquanz“	262
(b) Das erlaubte Risiko	264
c. Zwischenergebnis mit Blick auf Prozeduralisierungen im Wirtschaftsstrafrecht	265
III. Verhältnis zu substantiellen Regelungen im materiellen Recht	266
1. Strafbarkeit bei materieller Unzulässigkeit des Handelns trotz Einhaltung von Verfahrensregeln	266
2. Keine Strafbarkeit allein aufgrund eines Verfahrensverstößes	268
IV. Verhältnis zu den verschiedenen Formen der Einwilligung, insb. zur hypothetischen Einwilligung	271
1. Konflikt mit der Einwilligung beim Schutz von Individualrechtsgütern	272
2. Verhältnis prozeduraler Regeln zur erklärten Einwilligung	272

3. Verhältnis prozeduraler Regeln zur mutmaßlichen Einwilligung	273
a. Mutmaßliche Einwilligung als subsidiäres Rechtsinstrument	273
b. Mutmaßliche Einwilligung als möglicher Anknüpfungspunkt für Prozeduralisierung	274
4. Verhältnis prozeduraler Regeln zur hypothetischen Einwilligung	277
a. Grundzüge der hypothetischen Einwilligung	277
b. Keine Deckungsgleichheit der Anwendungsbereiche von Prozeduralisierung und hypothetischer Einwilligung	279
c. Berührungspunkte der Rechtsfiguren und Folgen für ihr Verhältnis	281
aa. Bedeutung von Verfahren für beide Rechtsfiguren	281
bb. Widerstreit von Autonomie- und Objekt-Schutz	283
cc. Objekt- und Autonomieschutz vor dem Hintergrund der verschiedenen Einwilligungsmodelle	284
dd. Zwischenergebnis: Friktionen zwischen hypothetischer Einwilligung und Prozeduralisierung	287
D. Folge: Verlagerung der materiellen Entscheidung	289
5. Kapitel: Möglichkeiten von Prozeduralisierung im Wirtschaftsstrafrecht	291
A. Status quo im Wirtschaftsstrafrecht – Analyse von Rechtsprechung und Schrifttum	291
I. Höchststrichterliche Rechtsprechung im Wirtschaftsstrafrecht	291
1. Untreue	292
a. Untreue durch Kreditvergabe	292
aa. BGH mit Urteil vom 6.4.2000 (BGHSt 46, 30 – 1 StR 280/99)	292
bb. Als Fortführung: BGH mit Urteil vom 15.11.2001 (BGHSt 47, 148 – 1 StR 185/01) – Sparkasse Mannheim	293



cc. Ungesicherte Geldtransfers in der Unternehmensgruppe, BGH mit Urteil vom 22.11.2005 (BGH, NJW 2006, 453 – 1 StR 571/04) – Kinowelt	294
dd. Als Festhaltung an der Kinowelt-Entscheidung: BGH mit Urteil vom 13.8.2009 (BGH, StV 2010, 78 – 3 StR 576/08) – WestLB	295
b. Untreue durch unangemessen hohe Vorstandsvergütung, BGH mit Urteil vom 21.12.2005 (BGHSt 50, 331 – 3 StR 470/04) – Mannesmann/Vodafone	296
c. Untreue durch Unternehmensspenden, BGH mit Urteil vom 6.12.2001 (BGHSt 47, 187 – 1 StR 215/01) – SSV Reutlingen	297
d. Untreue durch Führen sog. „schwarzer Kassen“	298
e. Untreue durch Verletzung von Buchführungspflichten nach dem PartG, BGH mit Beschluss vom 13.4.2011 (BGHSt 56, 203 – 1 StR 94/10) – Kölner Parteispendenaffäre	299
2. Korruption	300
a. Korruption durch Einwerben von Drittmitteln: BGH mit Urteil vom 23.5.2002 (BGHSt 47, 295 – 1 StR 372/01) – Drittmittel	300
b. Korruption durch sog. Einladungssponsoring, BGH mit Urteil vom 14.10.2008 (BGHSt 53, 6 – 1 StR 260/08) – EnBW	301
3. Zwischenergebnis zu Verfahrensregeln in der BGH-Rechtsprechung zum Wirtschaftsstrafrecht	302
II. Rezeption in der Literatur	303
1. Zuspruch in der Literatur	303
2. Kritik aus der Literatur	308
3. Zwischenergebnis	312
B. Anknüpfungspunkte für Prozeduralisierungen im Wirtschaftsstrafrecht	312
I. Pflichtverletzung i. S. d. § 266 StGB	313
1. Überblick zur Regelung des § 266 StGB	314

2. Prozeduralisierungsrelevante Auslegungsprobleme beim Merkmal der Pflichtverletzung	317
a. Sog. Risikogeschäfte bzw. unternehmerische Entscheidungen	318
aa. Das Risikogeschäft im Strafrecht	318
bb. Verhältnis zum Begriff der „Gefahr“	319
cc. Sicherheit, Ungewissheit und Risiko in den Wirtschaftswissenschaften	320
dd. Verhältnis zur „unternehmerischen Entscheidung“	
i. S. d. § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	323
ee. Im Rahmen der Untreue relevante Entscheidungstypen und Fallgruppen	326
b. Auszuklammernde prozedurale Tendenzen bei der Entziehung der Dispositionsbefugnis und Verletzung formeller Pflichten	330
3. Dogmatischer Anknüpfungspunkt für Prozeduralisierungen bei § 266 StGB: gesellschaftsrechtlicher Ermessensspielraum	331
II. „Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft“	
i. S. d. §§ 283 ff. StGB	333
1. Überblick zu den Regelungen des Insolvenzstrafrechts	333
2. Prozeduralisierungsrelevante Auslegungsprobleme beim Merkmal des ordnungsgemäßen Wirtschaftens	335
III. Unrechtsvereinbarung im Korruptionsstrafrecht	336
1. Überblick zu den Regelungen des Korruptionsstrafrechts	336
2. Prozeduralisierungsrelevante Auslegungsprobleme beim Merkmal der Unrechtsvereinbarung	339
C. Prozeduralisierung im Gesellschaftsrecht und Folgen für das Wirtschaftsstrafrecht	340
I. Prozeduralisierung im Zivilrecht, insb. zu § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	341
1. Zivilrechtliche Haftungsnormen und Sorgfaltsmaßstäbe	341
2. Inhalt und Grenzen der gesellschaftsrechtlichen Sorgfaltsanforderungen	343
a. Einordnung der Business Judgment Rule als allgemeinem gesellschaftsrechtlichen Sorgfaltsmaßstab	343

b. Voraussetzungen der Haftungsfreistellung nach § 93 Abs. 1 S. 2 AktG	347
c. Modifizierung des Rahmens der Business Judgment Rule entsprechend der jeweiligen Gesellschaftsform	351
3. Zwischenergebnis: Einsatz von prozeduralen Regeln zur Konkretisierung der gesellschaftsrechtlichen Sorgfaltsanforderungen	352
II. Verhältnis von Zivilrecht und Strafrecht sowie Wirkung der zivilrechtlichen Prozeduralisierung auf das Wirtschaftsstrafrecht	353
1. Asymmetrische Zivilrechtsakzessorietät	353
2. Schönemanns „(sektorale) Zivilrechtsaffinität“	358
3. Einschränkung mit Blick auf das geschützte Rechtsgut: funktionaler Zusammenhang	359
4. Besondere Anforderungen an den Kausalzusammenhang	360
5. Konsequenzen für den Fortgang der Arbeit	361
D. Ausgestaltung der Prozeduralisierung im Hinblick auf das jeweils geschützte Rechtsgut	362
I. Ausgangspunkt: Wissensakkumulation, Transparenz und Diskurs als Grundkriterien, Rechtsgut als Leitplanke	363
II. Untreue nach § 266 StGB	364
1. Tatbestandlich geschütztes Rechtsgut	364
2. Auslegung des Merkmals der „Pflichtverletzung“ mit Blick auf dieses Rechtsgut	366
3. Allgemeine Vorgaben für eine Prozeduralisierung bei unternehmerischen Entscheidungen unter Rückkopplung an das Rechtsgut „Vermögen des Treugebers“	369
a. Umgang mit prognostischen Elementen	370
aa. Betriebswirtschaftliche Erwartungen bei Entscheidungen unter Risiko bzw. Ungewissheit	370
(1) Zielbildung	371
(2) Information	372
(3) Auswahl einer Handlungsalternative in Risikosituationen	372
(4) Auswahl einer Handlungsalternative in Ungewissheitssituationen	377

bb. Daraus ableitbare Verfahrensregeln für strafrechtlich pflichtgemäßes Verhalten unter Rückkopplung an das Rechtsgut	379
(1) Ziel: Vermögensschutz	380
(2) Wissensakkumulation: Handeln auf angemessener Informationsgrundlage	380
(3) Rationaler Auswahlprozess	381
(4) Weitere Konkretisierung der Vorgaben zur Wissensakkumulation und zur rationalen Auswahl	383
(a) Positive Prüfung nach den Standards des IDW PS 980 als Indiz für pflichtgemäßes Verhalten	383
(b) Risikomanagement nach § 91 Abs. 2 AktG als Indiz für angemessene Information des Vorstandes	385
(c) Compliance als Indiz für angemessene Information des Vorstandes	388
(d) Weitere aktienrechtliche Bestimmungen als Indiz für angemessene Information des Aufsichtsrats und rationale Auswahl des Vorstands	389
(e) Regelungen des DCGK als Indiz für rationale Entscheidungsfindung von Vorstand und Aufsichtsrat	391
(f) Zwischenergebnis: allgemeingültige Konkretisierung	393
b. Umgang mit Komplexität im Entscheidungszeitpunkt	394
c. Materielle Grenze: jedenfalls Pflichtwidrigkeit bei Verschwendung	396
4. Spezifische Vorgaben für einzelne Fallgruppen der Prozeduralisierung	398
a. Kreditvergabe als Beispiel eines Vorleistungsgeschäfts	398
aa. Ausgleichendes Defizit	398
bb. Verfahrensregeln	399

b. Investitionsentscheidungen: Investitionen in Anlage- oder Umlaufvermögen und Spekulationsgeschäfte	406
aa. Allgemeine Darstellung der Defizite bei Investitionsentscheidungen	406
bb. Auszugleichendes Defizit bei Ankauf von Asset Backed Securities	408
(1) Zum Hintergrund der Asset Backed Securities und der Finanzmarktkrise	408
(2) Spezifisches Nichtwissen beim Ankauf	414
cc. Verfahrensregeln	415
(1) Überwindung spezifischen Nichtwissens bei einzelnen Investitionsentscheidungen	416
(2) Überwindung spezifischen Nichtwissens mit Blick auf die allgemeine Anlagestrategie	422
(3) Absicherung durch hinreichendes Risikomanagement	426
c. Unternehmerische Leitungsentscheidungen am Beispiel der Spendenvergabe	427
aa. Auszugleichendes Defizit	427
bb. Konkretisierung der materiellen Vorgaben	429
cc. Ausgestaltung der materiellen Zielvorgaben durch Verfahren	432
5. Zuordnung zu einer Systemebene	435
III. Insolvenzdelikte der §§ 283 ff. StGB	436
1. Tatbestandlich geschütztes Rechtsgut	436
a. Individualistische Rechtsgutskonzeptionen	436
b. Kollektivistische Rechtsgutskonzeptionen	439
c. Zwischenergebnis	441
2. Auslegung des Merkmals des Handelns in einer „den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft widersprechenden Weise“ mit Blick auf dieses Rechtsgut	442
a. Anwendungsbereich des Merkmals: bestandsbezogene Handlungen	444
b. Inhaltliche Konturierung	445

3. Allgemeine Vorgaben für eine Prozeduralisierung bei unternehmerischen Entscheidungen unter Rückkopplung an das Rechtsgut „Vermögen der Gläubiger“	449
a. Diskretionsspielräume des Geschäftsleiters wegen zukunfts- und komplexitätsbedingter Unsicherheiten auch in der Krise	449
b. Ziel: Schutz des Gläubigervermögens	450
c. Übertragung der betriebswirtschaftlichen Erkenntnisse bei veränderter Zielvorgabe	452
d. Materielle Grenze: Verschwendung	455
4. Beispielhafte Ausgestaltung der Kriterienkataloge	458
a. Grundsätzliche Behandlung von Spekulationsgeschäften	458
b. Warentermingeschäfte vor Eintritt der Krise	460
c. Warentermingeschäfte in der Krise	461
5. Zuordnung zu einer Systemebene	463
IV. Korruptionsstrafrecht	464
1. Amtsträgerkorruption i. S. d. §§ 331 ff. StGB	464
a. Tatbestandlich geschütztes Rechtsgut	464
b. Auslegung des (ungeschriebenen) Merkmals der „Unrechtsvereinbarung“ mit Blick auf dieses Rechtsgut	466
c. Allgemeine Vorgaben für eine Prozeduralisierung der „Unrechtsvereinbarung“	470
aa. Plausibilität einer anderen als der korruptiven Zielsetzung	470
bb. Freiheit von Interessenkonflikten, Fremdeinflüssen oder Eigennutz	471
(1) Trennungsprinzip	472
(2) Transparenz durch Dokumentation und Diskurs	472
cc. Zwischenergebnis: Trennung und Transparenz	474
d. Spezifische Vorgaben für einzelne Fallgruppen der Prozeduralisierung	475
aa. Einwerbung von Drittmitteln als Beispiel der Befolgung gesetzlich vorgesehener Verfahren	475
bb. Einwerbung von Wahlkampfspenden	478
cc. Konkretisierung der Sozialadäquanz unter Heranziehung von Verfahren	480

2. Wirtschaftskorruption gem. § 299 StGB	482
a. Tatbestandlich geschütztes Rechtsgut	482
b. Auslegung der Unrechtsvereinbarung und des Merkmals der „Unlauterkeit“ mit Blick auf dieses Rechtsgut	484
c. Materielle Leitlinien aus der Strafflosigkeit der Geschäftsinhaberbestechung und allgemeine Vorgaben zur Prozeduralisierung	487
aa. Ausgangspunkt: stets wettbewerbsgerechtes Verhalten des Geschäftsherrn in normalen (dreipoligen) Austauschverhältnissen	487
bb. Ausschluss des Geschäftsherrn als Drittvilleilsempfänger in normalen Austauschverhältnissen	489
cc. Strafflosigkeit des Agenten bei Zustimmung des Geschäftsherrn	490
dd. Lauterkeitsrechtliche Grenzen für Entscheidungen des Beziehers	491
ee. Folgen für die Prozeduralisierung der Unlauterkeit	492
d. Fallgruppenspezifische Anwendung der Kriterien	493
aa. Entschleierte Schmiorgelder	493
bb. Beratungsverträge	495
cc. Sozialadäquanz und Branchenüblichkeit	496
3. Zuordnung zu einer Systemebene	497
V. Gewichtung der Indizien	498
1. Untreue und Insolvenzdelikte: Gewichtung der Indizien zur Abmilderung zeitlich und kognitiv bedingter Defizite	499
2. Korruptionsstrafrecht: Gewichtung der Indizien zur Abmilderung normativer Defizite	500
3. Folgen aus der Gewichtung	501
6. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse	502
Literaturverzeichnis	507